

EINSPRÜCHE

Kirchenbeitrag und Werte

Viele treten aus der Kirche aus, weil sie den Kirchenbeitrag nicht mehr bezahlen wollen. Ein Vorschlag zu einer Reform, um die Vermittlung grundlegender Werte zu sichern.

Gewalt im Netz ist immer wieder ein Thema. Ein Thema, das aufregt. Und das zu Recht. Denn Darstellungen von Brutalität senken die Hemmschwelle und laden geradezu zur Nachahmung ein. Erst vor Kurzem hat ein auf Facebook verbreitetes Video für Entsetzen gesorgt. Zu sehen war, wie ein junges Mädchen von anderen jungen Leuten brutal geschlagen wurde. Das Mädchen hat gar nicht versucht, sich zu wehren.

Solche Bilder verstören und machen ratlos. In welcher Gesellschaft leben wir? Wie kann es dazu kommen, dass junge Leute offenbar keinen Bezug zu grundlegenden Werten haben? Wer hat hier versagt? Die Familie, die Gesellschaft, wir alle?

Sicher ist nur, dass es nicht eine einzige und vor allem auch keine einfache Antwort gibt. Oft tragen zerrüttete Familienverhältnisse und schlechte Umwelteinflüsse dazu bei, dass Jugendlichen ganz offenkundig jede Bindung an traditionelle Werte fehlt. An Werte wie Empathie, Respekt, Toleranz. Empathie ist die Fähigkeit, sich in andere hineinzusetzen. Wem es gelingt, eine Sache oder Situation auch mit den Augen des anderen zu sehen, der wird nicht nur auf Gewalt verzichten. Er wird auch bereit sein, mit dem anderen ins Gespräch zu kommen. Im Gespräch werden Meinungen und Ansichten ausgetauscht. Das weckt das Verständnis füreinander, erweitert den eigenen Horizont und auch den des anderen. Ein gutes Gespräch kann den Respekt füreinander fördern und auch die Toleranz.

Wie können die Werte am besten vermittelt werden? Am wirksamsten ist das Vorleben. Denn damit wird gezeigt, dass die Werte praxistauglich sind. Und außerdem: Wer Empathie predigt, im Beruf oder Geschäft aber „über Leichen geht“, dessen Überzeugungskraft wird beschränkt sein. Es braucht daher beides: das Vermitteln der Werte und ihre Umsetzung ins tägliche Leben.

Das gilt vor allem für den Umgang mit Kindern und Jugendlichen. Sie von klein auf mit grundlegenden Werten vertraut zu machen und diese ihnen auch vorzuleben, ist der wesentliche Inhalt jeder Erziehung. Einen wichtigen Beitrag kann die Schule leisten, und hier vor al-



„Ein Prozentsatz der Einkommensteuer kann für eine Religionsgemeinschaft gewidmet werden.“

lem der Religionsunterricht. Doch immer weniger Kinder besuchen den Religionsunterricht. Allein in den letzten drei Jahren hat die katholische Kirche jährlich an die 55.000 Mitglieder verloren. Wer aus der Kirche austritt, lässt seine Kinder nicht taufen, und sie nehmen dann auch nicht am Religionsunterricht teil.

Viele treten aus der Kirche aus, weil sie den Kirchenbeitrag nicht mehr zahlen wollen. Das gilt vor allem für junge

Leute. Die erste Vorschreibung ist oft der Anstoß, die Kirche zu verlassen. Um das zu verhindern, kommt es immer wieder vor, dass Großeltern oder Eltern den Beitrag zahlen. Der Austritt ist damit nur aufgeschoben.

In Österreich gibt es den Kirchenbeitrag seit 1939, eingeführt von den Nationalsozialisten. Das Ziel war „ein vernichtender Schlag gegen die Kirchenorganisation“, der auch gelungen ist. Hunderttausende sind damals und auch danach wegen des Kirchenbeitrags aus der Kirche ausgetreten. Eine zwangsläufige Entwicklung?

Nur in Österreich ist die nationalsozialistische Regelung nach wie vor aufrecht. Seit 1968 kann die Kirche ihre Vorschreibungen sogar staatlich vollstrecken lassen.

In Deutschland und in einigen Kantonen der Schweiz wird der Kirchenbeitrag als Zusatzsteuer zur Lohn- und Einkommensteuer erhoben. Wer wegen seines geringen Einkommens keine Steuer zahlt, der zahlt – anders als in Österreich – auch keinen Kirchenbeitrag.

In Italien gilt seit 1984 das System der Steuerwidmung: Ein bestimmter Prozentsatz der Einkommensteuer kann für eine anerkannte Religionsgemeinschaft oder für einen staatlichen Kulturfonds gewidmet werden.

Die Steuerwidmung könnte auch ein Modell für Österreich sein. Denn damit würde die Finanzierung aller anerkannten Religionsgemeinschaften auf eine sichere Basis gestellt. Ein Kirchenaustritt aus finanziellen Gründen wäre keine Option mehr. Und die Religionsgemeinschaften könnten bei der Vermittlung von Werten mehr Menschen erreichen. Das ist heute wichtiger denn je.

Irmgard Griss war Präsidentin des Obersten Gerichtshofs und Präsidentschaftskandidatin